

Publikationen der
Historischen Kommission zu Berlin

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Die deutsche Gesellschaft
und der Widerstand gegen Hitler

Herausgegeben von
Jürgen Schmädke und Peter Steinbach

mit einem Vorwort von
Wolfgang Treue

im Auftrage der
Historischen Kommission zu Berlin
in Zusammenarbeit mit der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Piper

München · Zürich

- UWE SAUERMANN Die Situation der nationalrevolutionären
Gegner Hitlers nach der Konstituierung des NS-Regimes 169
- ✗ ARNO KLÖNNE Bündische Jugend, Nationalsozialismus und
NS-Staat 182
- BERND SÖSEMANN Publizistische Opposition in den Anfängen
des nationalsozialistischen Regimes 190
- PETER LÖSCHE / MICHAEL SCHOLING In den Nischen des Sy-
stems: Der sozialdemokratische Pressespiegel „Blick in die Zeit“ 207

Dritter Teil

Kirchen und Konfessionen zwischen Kooperation und Teilwiderstand

- GÜNTHER VAN NORDEN Zwischen Kooperation und Teilwider-
stand: Die Rolle der Kirchen und Konfessionen — Ein Überblick
über Forschungspositionen 227
- HEINZ HÜR TEN Selbstbehauptung und Widerstand der katholi-
schen Kirche 240
- KLAUS SCHOLDER Politischer Widerstand oder Selbstbehaupt-
ung als Problem der Kirchenleitungen 254
- GERHARD BESIER Ansätze zum politischen Widerstand in der
Bekennenden Kirche — Zur gegenwärtigen Forschungslage 265
- EBERHARD BETHGE Zwischen Bekenntnis und Widerstand: Er-
fahrungen in der Altpreußischen Union 281
- CHRISTOPH STROHM Der Widerstandskreis um Dietrich Bon-
hoeffer und Hans von Dohnanyi — Seine Voraussetzungen zur
Zeit der Machtergreifung 295
- ✗ BARBARA SCHELLENBERGER Katholischer Jugendwiderstand 314

Vierter Teil

Konservative zwischen Anpassung und Opposition

- KLAUS-JÜRGEN MÜLLER Zu Struktur und Eigenart der natio-
nalkonservativen Opposition bis 1938 — Innenpolitischer Macht-

- kampf, Kriegsverhinderungspolitik und Eventual-Staatsstreich-
planung 329
- GERD R. UEBERSCHÄR Militäropposition gegen Hitlers Kriegs-
politik 1939 bis 1941 — Motive, Struktur und Alternativvorstel-
lungen des entstehenden militärischen Widerstands 345
- JÜRGEN SCHMÄDEKE Die Blomberg-Fritsch-Krise: Vom Wider-
spruch zum Widerstand 368
- MICHAEL KRÜGER-CHARLÉ Carl Goerdelers Versuche der
Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937 383
- HEINZ HÖHNE Canaris und die Abwehr zwischen Anpassung
und Opposition 405
- ULRICH HEINEMANN Fritz Dietlof Graf von der Schulenburg —
Das Problem von Kooperation und Opposition und der Entschluß
zum Widerstand gegen das Hitler-Regime 417
- WOLFGANG SCHIEDER Zwei Generationen im militärischen Wi-
derstand gegen Hitler 436
- DETLEF GRAF SCHWERIN Der Weg der „Jungen Generation“ in
den Widerstand ✗ 460

Fünfter Teil

Gesellschaftliche und politische Zielvorstellungen des Widerstands

- ARNOLD SYWOTTEK Revolutionäre Perspektiven des kommuni-
stischen Widerstands 475
- DETLEF LEHNERT Vom Widerstand zur Neuordnung? — Zu-
kunftsperspektiven des demokratischen Sozialismus im Exil als
Kontrastprogramm zur NS-Diktatur 497
- MICHAEL SCHNEIDER Zwischen Standesvertretung und Werks-
gemeinschaft — Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Wider-
standsgruppen des 20. Juli 1944 520
- EKKEHARD KLAUSA Preußische Soldatentradition und Wider-
stand — Das Potsdamer Infanterieregiment 9 zwischen dem „Tag
von Potsdam“ und dem 20. Juli 1944 533

Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft

Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen
des 20. Juli 1944

MICHAEL SCHNEIDER

Bonn

I

Daß es den Widerstandsgruppen des 20. Juli nicht nur um die Klärung der Fragen ging, wie das nationalsozialistische Regime zu stürzen, wie ein Bürgerkrieg zu vermeiden und der Krieg zu beenden sei, zeigt schon die Vielzahl von Plänen für die „Zeit danach“. ¹ Insbesondere von der Gruppe um Carl Friedrich Goerdeler und vom Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke wurden Programmentwürfe diskutiert und schließlich „verabschiedet“, deren Aussagen zur Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsreform in mehreren Beiträgen zu dieser Konferenz beleuchtet werden. Waren die Widerstandsgruppen des 20. Juli auch verbunden durch die moralisch fundierte Ablehnung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, so reichte dieser Konsens nicht aus, sowohl über die eigentliche Aktion als auch über die Form des gesellschaftlichen Neuaufbaus Einigkeit zu erzielen. Nur die Grundsätze der neuen wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung waren unbestritten: Moralische Erneuerung und Rechtsstaatlichkeit sollten Grundprinzipien dieses Neuaufbaus sein; auch gesellschaftliche Reformen — darüber bestand in und zwischen den Widerstandsgruppen des 20. Juli Einmütigkeit — seien nötig.

Mehrheitlich akzeptierte Ansicht war zudem, daß der gesellschaftliche Neuaufbau nur unter mitverantwortlicher Beteiligung der Arbeiterschaft erfolgen könne und dürfe. Gerade unter diesem Aspekt kam der Gewerkschaftsfrage zentrale Bedeutung zu, ging es dabei doch zunächst um die Lösung des Problems, diese Beteiligung der Arbeiterschaft organisatorisch zu bewältigen. Die Gewerkschaftsfrage war jedoch noch unter einem weiteren Gesichtspunkt von Wichtigkeit; denn mehrere ehemalige Führer

der 1933 aufgelösten Richtungsgewerkschaften waren konkret an den Widerstandsplanungen beteiligt. Beide Aspekte wurden aufs engste dadurch miteinander verknüpft, daß mit Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser zwei Vertreter des im April 1933 gebildeten Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften² zum Widerstandskreis gehörten. Schon damit war eine Wiederkehr der „alten“ Richtungsgewerkschaften in den Konzeptionen des Widerstandes zur Reorganisation der Gewerkschaften nahezu ausgeschlossen.

Wurde die Beteiligung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auch nicht von allen Angehörigen der Widerstandsgruppen des 20. Juli — zu denken ist an Johannes Popitz und Ulrich von Hassell — gleichermaßen begrüßt, so war doch sowohl im Goerdeler- als auch im Kreisauer Kreis die Bereitschaft vorherrschend, mit Gegnern des Nationalsozialismus auch aus nicht bürgerlich/konservativen politischen Lagern zusammenzuarbeiten. So zählten zum Kreis um Goerdeler neben dem ehemaligen Freien Gewerkschafter und sozialdemokratischen Innenminister Hessens, Leuschner, und dem Sozialdemokraten Julius Leber auch Kaiser und Elfriede Nebgen von den Christlichen Gewerkschaften. Daß die Gewerkschaftsfrage zu den zentralen Programmpunkten der Papiere Goerdelers gehörte, wurde sicherlich dadurch unterstützt, daß zu seinem Kreis mit Rechtsanwalt Josef Wirmer und dem früheren Staatspräsidenten von Württemberg, Eugen Bolz (Zentrum), weitere Männer rechneten, die der Gewerkschaftsfrage Interesse entgegenbrachten. Und an den Beratungen des Kreisauer Kreises nahmen die Sozialdemokraten Theodor Haubach, Adolf Reichwein und Carlo Mierendorff teil, nach dessen Tod am 4. Dezember 1943 Julius Leber verstärkt hervortrat; zu nennen sind auch Ernst von Harnack, Otto Stegemann und Gustav Dahrendorf; Leuschner wurde im Kreisauer Kreis durch Hermann Maaß vertreten.

Die Beteiligung der Gewerkschafter folgte — bei allen Vorbehalten — doch dem Interesse der konservativen Kreise daran, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den Aufstands-Versuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Das letztgenannte Motiv sei durch den Hinweis auf Moltke illustriert, der 1943 nachdrücklich dafür eintrat, die Widerstandsbewegung auf Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu stützen, um einen Sieg nationalbolschewistischer Strömungen zu verhindern.³ Andererseits war den Gewerkschaftern klar, daß sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können. Aber die Gewerkschafter standen den Militärs nicht ohne Mißtrauen gegenüber, was sich zum Beispiel 1939/40 zeigte, als im Kreis um Goerdeler und Ludwig Beck erwogen wurde, den Umsturz

durch einen Generalstreik der Arbeiterschaft auszulösen, der dann von der Wehrmacht unterstützt würde. Dieser Plan wurde von Leuschner glatt abgelehnt:

„Wir haben Hitler nicht in den Sattel gehoben und auch diesen Krieg, der über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen muß, nicht angefangen. Wir werden uns auch nicht, um Hitler zu beseitigen und den Krieg zu beenden, in irgendwelche Abenteuer stürzen, bei denen wir obendrein noch damit rechnen müssen, daß die Generale auf die Arbeiter schießen lassen, wenn wir sie zum Generalstreik aufrufen.“⁴

Dieses Mißtrauen lebte im Frühjahr 1944 wieder auf, als die Gewerkschafter, besonders Leuschner, ungeduldig auf Aktionen des militärischen Widerstandes warteten und befürchteten, von den Militärs „an der Nase“ herumgeführt zu werden.⁵

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Mißtrauens gegen eine Kooperation von Vertretern so unterschiedlicher Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer, die ausreichte, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren. Neben Beck und Goerdeler waren Leuschner und Leber als Kanzler beziehungsweise Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte — so die letzte Ministerliste vom Juli 1944 — durch Bernhard Letterhaus als Minister für Wiederaufbau (oder: ohne Portefeuille) im Kabinett vertreten sein. Für den ersten Reichstag war an Paul Löbe (SPD) als Reichspräsidenten gedacht.⁶

Waren auch Vertreter der Richtungsgewerkschaften — Leuschner von den Freien Gewerkschaften, Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband — an den Beratungen der Widerstandskreise beteiligt, so bedeutete dies doch nicht, daß sie sich mit ihrer im April 1933 vereinbarten Konzeption der Einheitsgewerkschaft hätten durchsetzen können. Schon mit der Vereinbarung des Führerkreises war im übrigen auf die spezielle Situation des Frühjahres 1933 Rücksicht genommen worden. So finden sich nicht alle Prinzipien ungebrochen in diesem Dokument, zu denen sich die Gewerkschafter gewiß unter anderen Umständen bekannt hätten. Als Gewerkschaften — so kann man zusammenfassend sagen — galten (und gelten) unabhängige und selbstbestimmende, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende dauerhaft organisierte Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft, die gegen die ökonomische, soziale und politische Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft kämpfen.⁷ An dieser „Gewerkschaftsdefinition“ wird man die von den Widerstandsgruppen des 20. Juli ausgearbeiteten Pläne messen können, die allein darin übereinstimmen,

daß die „alten“ Richtungsgewerkschaften als überholt galten, zumal die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung überdies den Sieg der Nationalsozialisten erleichtert habe und demgemäß überwunden werden müsse.

II

Konkrete Gewerkschaftspläne entwickelte im Grunde nur Goerdeler. Er hatte — im Unterschied etwa zu den meisten Angehörigen des Kreisauer Kreises — in den 1920er Jahren Erfahrungen im Umgang mit Gewerkschaftern gesammelt; als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände hatte er eine konservative, in dessen nicht scharfmacherische Arbeitgeberpolitik verfolgt und dabei Verantwortungsbewußtsein und Verlässlichkeit seiner gewerkschaftlichen Verhandlungspartner schätzen gelernt. Diese Erfahrungen fand er auch in seiner Arbeit als Preiskommissar unter Heinrich Brüning bestätigt. Schon in einer Denkschrift an Reichspräsident Paul von Hindenburg vom April 1932⁸ beklagte Goerdeler die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und sprach sich für einen verstärkten Zusammenschluß der Richtungsgewerkschaften aus, der gegebenenfalls durch staatlich verordnete Arbeiter-Berufskammern mit Selbstverwaltung herbeigeführt werden solle. Goerdeler erwartete jedoch, die Gewerkschaften würden sich, seien die ihnen gestellten Aufgaben nur groß genug, auch von alleine zusammenschließen. So sollten die Arbeitslosenversicherung und die gesamte Sozialversicherung der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung übergeben oder mit den gemeindlichen Sparkassen zusammengelegt werden. Gerade weil die „Einschaltung der Arbeiter in das Staatsleben“ eine „unabweisbare Folgerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung“ sei, gehe es um die Wiederherstellung der „Einzelverantwortlichkeit des einzelnen Menschen oder seiner Berufsvertretung“. Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sollten Kernbegriffe seines gesellschaftspolitischen Konzepts bleiben.

In Goerdelers Denkschriften aus den Jahren 1940/41, insbesondere in den Überlegungen unter dem Titel *Das Ziel*, war dann allerdings nicht von Gewerkschaften im oben beschriebenen Sinne die Rede.⁹ Vorgesehen war vielmehr eher eine Reform der Deutschen Arbeitsfront (DAF), sollten die „bisherigen Organisationen (Gruppen) vorerst bestehen“ bleiben; an der Zwangsmitgliedschaft aller Arbeitnehmer über 18 Jahre sei festzuhalten; nur müßten die Finanzen der Organisation öffentlicher Kontrolle unterliegen. Ebenfalls beizubehalten seien die Treuhänder der Arbeit als Schlichter in Arbeitsstreitigkeiten, deren Austragung in Form von Streik (und Aussperrung) weiterhin verboten sein würde. Durch die Schaffung von Kammern, in denen Unternehmer, Arbeiter und Ange-

stellte vertreten sein sollten, würden die Arbeitnehmer „in die verantwortliche Mitarbeit an Wirtschaftsfragen einbezogen. Sie sollen und müssen“ — so Goerdelers Grundthese — „diese Verantwortung tragen. Nur Verantwortung und Wissen heilen sie von vernunftwidrigen und phantastischen wirtschaftlichen und politischen Ideen und Anforderungen.“ Außerdem sollte das bisherige „reine“ Zeitlohnsystem durch Leistungslöhne abgelöst werden.

Wohl erst unter dem Einfluß der Gewerkschafter entwickelte Goerdeler dann das Konzept der „Deutschen Gewerkschaft“, über das indessen keine vollständige Einigkeit mit Leuschner erzielt werden konnte. Die Bereitschaft, die Vorstellungen der Gewerkschafter bei seinen Planungen zu berücksichtigen, folgte wohl auch und vor allem der von Goerdeler immer wieder betonten Einsicht, die Arbeiterschaft müsse den neu zu bildenden Staat voll mittragen.¹⁰ Als Versäumnis des Kaiserreichs galt ihm: Man hätte die Arbeiterschaft durch soziale Reformen in den Staat integrieren müssen, statt sie durch Unterdrückung und Behinderung der Arbeiterbewegung auszugrenzen.¹¹

Auch das endgültige Konzept der Deutschen Gewerkschaft¹² zeigte deutlich die Einflüsse der DAF-Realität, sollte doch die Deutsche Gewerkschaft durch den Beitrittszwang für alle Arbeitnehmer über 18 Jahre ein allumfassender, allerdings vom Staat unabhängiger, das heißt sich selbst verwaltender Verband werden. Die Organisation sollte straff gegliedert werden: Zehn Industrieverbände¹³ und ein Angestelltenverband seien zu bilden; nach Leuschners Auskünften war überdies die Gründung von Verbänden für die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr erwogen worden. Vertikal sollte die Gewerkschaftsbewegung durch zentrale Leitung¹⁴ und zwölf Bezirkssekretariate¹⁵ geführt werden.

Folgende Aufgaben sollte die Deutsche Gewerkschaft übernehmen: Lohnverhandlungen mit den Verbänden der Arbeitgeber; Sozialversicherung; Arbeitsvermittlung; Schulung der Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Fragen. Ziel war es, die Arbeitnehmer zur Mitarbeit bei der Betriebsführung zu befähigen; ein bis zwei Gewerkschafter sollten in die Vorstände der großen Kapitalgesellschaften (mit mehr als 50 Millionen Reichsmark Kapital) einrücken. Vertreten sollten die Gewerkschaften zudem in den Industrie-, Handels- und Landwirtschaftskammern sowie im Reichsständehaus sein. Damit war die Deutsche Gewerkschaft nach den Vorstellungen Goerdelers im Grunde die Standesorganisation der Arbeiterschaft, durch die diese in eine auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Gemeinwohlverpflichtung aufgebaute Ordnung eingebunden sein sollte.

Während Gewerkschafter wie Leuschner und Kaiser offenbar die Zwangsmitgliedschaft sowie die ständische Orientierung des Konzepts „Deutsche Gewerkschaft“ zu akzeptieren bereit waren, ergab sich ein

Dissens über Goerdelers Vorhaben, die Sozialversicherung insgesamt, das heißt einschließlich der Arbeitslosenversicherung, in die Regie der Gewerkschaft zu übergeben. Die Gewerkschafter nahmen zwar hin, daß die Sozialbeiträge — nach entsprechender Lohnerhöhung — von den Arbeitnehmern allein aufzubringen seien, doch schien ihnen dieses Prinzip der Finanzierung nicht geeignet zu sein, auch das Risiko der Arbeitslosenversicherung in Krisenzeiten abzudecken; das Problem der Arbeitslosenversicherung blieb denn auch ungeklärt.

Die Gewerkschaftsfrage hatte — was nicht zuletzt durch den relativ hohen Grad inhaltlicher Konkretion der Planung und auch durch die Vormerkung von Personen für die einzelnen Positionen in Zentral- und Bezirksleitungen unterstrichen wird — in den Programmvorschlügen Goerdelers einen hohen Stellenwert. Leuschner war denn auch überzeugt, die Gewerkschaften würden beim gesellschaftlichen Neuaufbau eine „wichtige Rolle spielen“.¹⁶ Auffallend ist, daß sich Leuschner und Kaiser nur in begrenztem Umfang an der Konzipierung der Deutschen Gewerkschaft beteiligten. Sorgen auch Leuschner und Maaß ebenso wie Kaiser durch die Belebung personeller Kontakte — über deren Umfang und Verzweigung noch zu wenig Kenntnisse gesichert sind — für den Neubau der Gewerkschaften vor,¹⁷ und beauftragte auch Kaiser den Österreicher Ludwig Reichhold im Januar 1943 mit der Ausarbeitung eines gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms,¹⁸ so traten die Gewerkschafter doch im Kreis der Widerstandsgruppen des 20. Juli nicht durch eigenständige Programmvorschlüge hervor. Gerade daran mag es liegen, daß die Pläne Goerdelers letztlich nur in deutlich modifizierter Form die Realität der Gewerkschaften, wie sie sich historisch entwickelt hatte, berücksichtigten.

Mag auch Kaiser (vorsichtig) zuzustimmen sein, wenn er rückblickend meint, Goerdeler habe „nicht zuletzt unter dem Einfluß des Arbeiterflügels und der linken Demokraten demokratische und soziale Einsichten gewonnen und sich dazu bekannt“,¹⁹ so ist doch nicht zu übersehen, daß Goerdelers Pläne auf die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie mit berufsständischem Unterbau hinausliefen; der den Gewerkschaften in einer derart organisierten Gesellschaft eingeräumte Platz fand dennoch einerseits bei einzelnen Konservativen wie Popitz, von Hassell und Jens Peter Jessen Kritik, andererseits auch bei Angehörigen des Kreisauer Kreises.

III

Auch der Kreisauer Kreis — als lockere Gruppierung, die auf der Basis des christlichen Glaubens die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verur-

„1. Der Betrieb ist die Wirtschaftsgemeinschaft der in ihm schaffenden Menschen.

2. Ihre Form findet diese Wirtschaftsgemeinschaft in der Betriebsgewerkschaft, die von den Eigentümern des Betriebes und der Gesamtheit der Belegschaft des Betriebes gebildet wird.

3. Die Betriebsgewerkschaft betreibt ihr wirtschaftliches Unternehmen gemeinschaftlich. Die Betriebsführung obliegt dem Betriebsführer, der die Vertretung der Belegschaft laufend unterrichtet und von ihr beraten wird. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Betriebsgewerkschaft, insbesondere der Anteil der Belegschaft am Gewinn und Wertzuwachs des Betriebes wird vertraglich zwischen den Eigentümern des Betriebes und der Vertretung der Belegschaft festgelegt. Der Vertrag unterliegt der Genehmigung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaft des Landes.“

Daß Maaß einem solchen werksgemeinschaftlichen Konzept mit Befremden gegenüberstand, dürfte einleuchten.²³ So verwundert es, nach Dahrendorffs Darstellung zu vernehmen, daß in einer Diskussion der Sozialdemokraten in kleinem Kreis vom Frühjahr 1943 Maaß und Miendorff für Betriebsgewerkschaften eingetreten seien, während Leuschner das Konzept der Berufsverbände favorisiert habe.²⁴ Demgegenüber dürfte gewiß eher zutreffen, daß der ehemalige Gewerkschafter Leuschner und auch sein Vertrauensmann Maaß am Konzept der Einheitsgewerkschaft festhielten und demgemäß den wirtschaftsfriedlichen Werksgemeinschaftsplänen wie der Idee einer Gewerkschaft als Übergangsmaßnahme kritisch bis ablehnend gegenüberstanden.²⁵ Den Kreisauern erschien indessen das Festhalten an der Idee einer zentralistisch organisierten Gewerkschaft sowohl ihren Selbstverwaltungsideen zu widersprechen als auch ein Rückfall in die Zeit des Klassenkampfes zu sein, den man überwunden glaubte.²⁶

Die im Oktober 1942 vorgelegten Überlegungen zur „Wirtschaft“ wurden auf der 3. Kreisauer Tagung zu Pfingsten 1943 (12.—14. Juni) nochmals eingehend besprochen. Die dabei vorgenommenen Änderungen finden sich wohl in den *Grundsätzen für die Neuordnung* vom 9. August 1943.²⁷ Ebenso deutlich wie im Programm vom Oktober wurde auch in diesem Entwurf, daß es sich bei der „Betriebsgewerkschaft“ — in Weiterentwicklung des traditionellen „Gewerke“-Begriffs — um die „Wirtschaftsgemeinschaft“ der in einem Betriebe gemeinsam „schaffenden Menschen“ und nicht um eine Gewerkschaft als Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft handeln sollte. Zwar rückte die Behandlung der „Deutschen Gewerkschaft“ im Programm nunmehr direkt hinter die Vorstellungen zur Betriebsgewerkschaft, auch wurde die Deutsche Gewerkschaft nun als „notwendiges Mittel“ zur Durchführung von Wirt-

schaftsprogramm und Staatsaufbau apostrophiert, doch es blieb dabei, daß „eigentliche“ Gewerkschaften nur als Übergangsmaßnahme vorgesehen waren. Auch wurde jede Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung programmatisch ausgeschlossen.

Allenfalls für die Phase des Neuaufbaus waren Existenz und Beteiligung der Gewerkschaften eingeplant. In dem Entwurf einer *Ersten Weisung an die Landesverweser* vom 9. August 1943²⁸ wurde nicht nur betont, die „freiheitlich gesonnene deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die christlichen Kirchen vertreten und führen diejenigen Volkskräfte, aus denen heraus der Aufbau in Angriff genommen werden kann“; sondern es wurde auch gefordert:

„Insbesondere soll der Landesverweser die verantwortliche Mitwirkung der Werktätigen in Verwaltung und Wirtschaft herbeiführen. Zu diesem Zweck treten Sie unverzüglich mit den Beauftragten der Deutschen Gewerkschaft in Verbindung, die als allein berechnigte Vertreterin der Werktätigen anzuerkennen ist.“

Nur am Rande sei erwähnt, daß im Wirtschaftsprogramm vom Oktober 1942²⁹ wie im Programm vom August 1943³⁰ der Aufbau einer nach Ländern gegliederten wirtschaftlichen Selbstverwaltung vorgesehen war: Die Betriebe von Industrie, Handel und Handwerk seien in Gewerkekammern zusammenzufassen, die dann mit den Landwirtschaftskammern zu Landeswirtschaftskammern zusammengeschlossen werden sollten. Alle Kammern seien paritätisch von „Betriebsführern“ und „Belegschaftsmitgliedern“ zu besetzen. Die Landeswirtschaftskammern sollten in einer Reichswirtschaftskammer, die parallel dazu aufgebauten (staatlichen) Landeswirtschaftsämtern im Reichswirtschaftsministerium ihre Spitze haben. Die Nennung der Aufgaben der Kammern — „Überwachung der auf eine 9jährige Schulzeit sich aufbauenden beruflichen Lehre“ — ist jedoch eher dürftig; sie gibt weder konkrete Hinweise auf den Inhalt der Selbstverwaltung noch auf die Aufgabenabgrenzung zu den behördlichen Landeswirtschaftsämtern.

IV

Daß man sich trotz der Unstimmigkeiten in der Wirtschafts- und speziell Gewerkschaftsfrage im Laufe des Jahres 1943 offenbar im Kreisauer Kreis auf ein Programm einigte, mag dadurch erleichtert worden sein, daß andere Konflikte — die Frage des Attentats und die Führungsrolle Goerdeler — programmatische Fragen überdeckten; eine Rolle könnte auch gespielt haben, daß die Gewerkschafter ohnehin erwarteten, nach dem Umsturz — quasi in der „zweiten Welle“ — maßgeblich die politische Entwicklung bestimmen zu können.

Mochte die Gewerkschaftskonzeption Goerdeler auch ständisch-konservativ und wirtschaftsfriedlich geprägt sein, so knüpfte sie doch wenigstens partiell an die Realität der Verbändeentwicklung an, machte aber den angesichts der Weimarer Erfahrungen vielleicht verständlichen, jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch, die Entwicklung zurückzudrehen. Demgegenüber blieb das Gewerkschaftskonzept der Kreisauer, denen Goerdeler wohl insgesamt — trotz aller Unterschiede — als „reaktionär“ galt, zumal er eine Rückkehr zum Parteienstaat nicht ausschloß,³¹ ziemlich undeutlich: Weder Aufgaben und Mittel der Deutschen Gewerkschaft noch der betrieblichen Werksgemeinschaften (Betriebsgewerkschaften) waren klar umschrieben. Lohnfindung und Arbeitszeitregelung — die „klassischen“ Konfliktfelder — kommen in den programmatischen Grundsatzdokumenten nicht vor.³² Mit ihrem sozialreformerischen Engagement, das an den Realitäten einer Parteien- und Verbändedemokratie vorbeiging, die Frage der Parteien im übrigen völlig ausklammerte, in manchem eher an die Gemeinwirtschaftskonzeption Wissell-Moellendorffscher Provenienz erinnerte, boten die Kreisauer eine merkwürdige Mischung von sozial-romantischen Vorstellungen, christlicher Moralität und Willen zur staatlichen Intervention in die Wirtschaft, überformt von der Erwartung, für die staatliche Wirtschaftslenkung die „geeigneten Menschen“ zu finden, die „ausschließlich das Gemeinwohl zur Richtschnur ihres Handelns zu machen“ bereit seien.³³

Der Widerstand des 20. Juli war geeint durch moralische Empörung über die nationalsozialistische Herrschaft und durch das Eintreten für die Prinzipien von Anständigkeit und Rechtsstaatlichkeit, weniger durch konkrete politische Zielvorstellungen — und schon gar nicht durch ein zukunftsweisendes Gewerkschaftskonzept. Basis, aber auch Grenzen der Gemeinsamkeit der Widerstandsgruppen des 20. Juli wird man deutlich in der Aussage Leuschners finden:

„Wir wollen den Staat auf den Grundsatz des Rechts verpflichten, nicht nur auf das geschriebene, sondern auch auf das moralische Recht.“³⁴

Anmerkungen

¹ Grundlegend dazu: Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954; Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967; Hans Rothfels, *Deutsche Opposition gegen Hitler*, hrsg. u. eingel. von Hermann Graml, neue, erw. Ausg., Frankfurt a. M. 1977; Hans Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, Köln-Berlin 1966, S. 73—167.

² Siehe dazu Gerhard Beier, *Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 13. Jg. (1973), S. 207—242; ders., *Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933*, in: *A.a.O.*, 15. Jg. (1975), S. 365—392.

³ Siehe dazu Hans Mommsen, *Politische Perspektiven des aktiven Widerstands gegen Hitler*, in: Hans Jürgen Schultz (Hrsg.), *Der zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler?*, Stuttgart-Berlin 1974, S. 25—35, hier S. 33.

⁴ Zitiert nach Joachim G. Leithäuser, *Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik*, Köln 1962, S. 194 f.

⁵ Siehe G. Ritter, *Carl Goerdeler*... [Anm. 1], S. 384 f.

⁶ Siehe die Kabinettslisten in G. Ritter, *Carl Goerdeler*... [Anm. 1], S. 602 f.

⁷ Siehe dazu Frank Deppe, *Gewerkschaften*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 2, Freiburg-Basel-Wien 1968, Sp. 1030—1065, hier Sp. 1030 f.

⁸ Siehe G. Ritter, *Carl Goerdeler*... [Anm. 1], S. 51 f.

⁹ Abgedruckt bei Detlev Peukert, *Arbeiterwiderstand — Formen und Wirkungsmöglichkeiten*, in: *Widerstand und Exil der Deutschen Arbeiterbewegung 1933—1945* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 180), Bonn 1981, S. 215—364, hier S. 332—336, bes. S. 334.

¹⁰ Siehe z. B. Denkschrift vom September 1944, nach G. Ritter, *Carl Goerdeler*... [Anm. 1], S. 281.

¹¹ Denkschrift von Anfang 1941, *a.a.O.*, S. 275 ff.

¹² Siehe *a.a.O.*, S. 286 f., 559 f., 563 ff.

¹³ Folgende Industrieverbände waren vorgesehen: Holz, Bau, Steine und Erde, Eisenbahn, Metall, Leder und Bekleidung, Textil, Buchdrucker, Transport, Bergarbeiter (Kaltenbrunner-Bericht vom 13. 9. 1944, abgedruckt *a.a.O.*, S. 563 ff.).

¹⁴ Acht bis zehn Abteilungen waren vorgesehen: Presse, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Jugend, Rechtsberatung, Finanzverwaltung, Personalverwaltung, Angestellte, Schulung und Bildung (G. Ritter, *ebda.*).

¹⁵ Vorgesehen waren: Berlin; Ost-Westpreußen; Stettin, Pommern, Mecklenburg; Hamburg, Holstein, Oldenburg; Hannover; Schlesien; Sachsen; Thüringen; Bayern; Württemberg; Süd-Westdeutschland; Rheinland (G. Ritter, *ebda.*).

¹⁶ Zitiert nach Max Braubach, *Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht* (= Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, H. 13), Köln-Opladen 1953, S. 34.

¹⁷ Siehe bes. J. G. Leithäuser, *Wilhelm Leuschner*... [Anm. 4], passim; Gerhard Beier, *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933—1945*, Köln 1981. Vgl. auch Elfriede Nebgen, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, 2. Aufl., Stuttgart 1970.

¹⁸ Siehe Ludwig Reichhold, *Arbeiterbewegung jenseits des totalen Staates. Die Gewerkschaften und der 20. Juli 1944*, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1965.

¹⁹ Zitiert nach M. Braubach, *Der Weg*... [Anm. 16], S. 39.

²⁰ Zitiert nach G. van Roon, *Neuordnung*... [Anm. 1], S. 226.

²¹ Abgedruckt *a.a.O.*, S. 523—539; Zitate S. 524, 526 f.

²² Abgedruckt *a.a.O.*, S. 547—550.

²³ So *a.a.O.*, S. 254.

²⁴ So *a.a.O.*, S. 232 f.; vgl. auch S. 430.

²⁵ So schreibt H. Mommsen, *Gesellschaftsbild*... [Anm. 1], S. 148, nur Mierendorff habe das Konzept der Betriebsgewerkschaft akzeptiert. Auch G. Ritter, *Carl Goerdeler*... [Anm. 1], S. 304, betont, Leuschner und Maaß hätten derartige Pläne abgelehnt.

²⁶ Siehe dazu schon Kurt Finker, *Graf Moltke und der Kreisauer Kreis*, Berlin [Ost] 1978, S. 165 und 206.

²⁷ Abgedruckt bei G. van Roon, *Neuordnung...* [Anm. 1], S. 561—567, hier S. 566 f.

²⁸ Abgedruckt *a.a.O.*, S. 567—570, hier S. 568 f.

²⁹ Siehe *a.a.O.*, S. 549 f. (Punkt IV und V des Programms).

³⁰ Siehe *a.a.O.*, S. 567 (Punkt 4 des Teils über die „Wirtschaft“).

³¹ Siehe K. Finker, *Graf Moltke...* [Anm. 26], S. 161 ff.

³² Eine Ausnahme bildet die Denkschrift von Günter Schmölders über „Wirtschaft und Wirtschaftsführung nach dem Kriege“ (1942/43); siehe dazu G. van Roon, *Neuordnung...* [Anm. 1], S. 438.

³³ Siehe die Denkschrift von Einsiedels und von Trothas (1942), *a.a.O.*, S. 528.

³⁴ Zitiert nach J. G. Leithäuser, *Wilhelm Leuschner...* [Anm. 4], S. 211.